

# STELLUNGNAHME

## Zum Antrag „Unternehmensgründungen erleichtern“ der FDP Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein sowie zum Änderungsantrag „Unternehmensgründungen als Grundlage des Wohlstands von morgen“ der CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein

### Bedeutung von Unternehmensgründungen

Gründer leisten einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung. Sie führen neue Produkte zur Marktreife, entdecken neue Kundenbedürfnisse und verbessern Geschäftsabläufe. Unternehmensgründungen steigern damit die Innovationskraft einer Volkswirtschaft, kurbeln das Wirtschaftswachstum an und schaffen neue Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Gerade für die Bewältigung disruptiver Veränderung, wie der Digitalisierung, sind Unternehmensgründungen unerlässlich. Durch diese können neue Geschäftsmodelle und Technologien erfunden und implementiert werden.

Umso erschreckender ist es, dass die Zahl der Gründungen in Deutschland in den letzten Jahren zurückgegangen ist. So sank die Zahl der Vollerwerbsgründer laut KfW-Gründermonitor in 2013 auf ein Tief von 306.000 Vollerwerbsgründern. Auch wenn der Wert in 2014 wieder auf 393.000 Vollerwerbsgründer anstieg, so ist dies immer noch weit von früheren Zahlen entfernt. So gab es vor zehn Jahren noch 670.000 Vollerwerbsgründer in Deutschland (KfW-Gründermonitor 2005). Diese Entwicklung ist natürlich auch vor dem Hintergrund der zurzeit niedrigeren Arbeitslosenzahlen einzuordnen. Sie bleibt dennoch beunruhigend. Deshalb ist es aus Sicht der Familienunternehmer sehr zu begrüßen, dass sich der Landtag in Schleswig-Holstein mit dem Thema Unternehmensgründungen befasst.

Auch abseits der großen deutschen Start-Up-Metropole Berlin kann es aus Sicht der Familienunternehmer gelingen, erfolgreiche Gründungszentren zu etablieren. Die potentiell großen Gewinne für eine Region liegen dabei nicht nur in der Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und den damit einhergehenden Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen. Auch kulturell und gesellschaftlich kann eine Region von der Etablierung einer Start-Up-

Kultur und dem damit einhergehendem Zuzug von nationalen und internationalen Fachkräften profitieren.

Damit dies gelingt, muss es jedoch sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene eine große Bereitschaft dafür geben, eine gründungsfreundliche Kultur in Politik und Verwaltung zu etablieren. Insbesondere die internationalen Geldgeber und Fachkräfte tendieren dazu, ihren Blick nur auf die zwei, drei größten Zentren in Deutschland zu richten. Um diesem Trend entgegenzuwirken, bedarf es abseits dieser Zentren umso größerer Anstrengungen.

## Auf die Rahmenbedingungen kommt es an!

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sehen die größte Herausforderung für die Politik darin, die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründer zu verbessern. Dabei gibt es nicht die eine Maßnahme, deren Umsetzung die Gründungsbedingungen schlagartig verbessern würde. Es wird vielmehr darauf ankommen, einen ganzen Strauß an einzelnen Themen anzugehen, der dann in der Summe zu einer deutlichen Verbesserung führt.

Potential gibt es vor allem beim Abbau bürokratischer Hürden: Während eingesessene Unternehmen mehr Erfahrung mit der Einhaltung bürokratischer Pflichten haben, stehen Unternehmensgründer hier oft vor sehr großen Herausforderungen und müssen viel Zeit in diese unproduktiven Tätigkeiten investieren. Zeit, die dann für den Aufbau des eigentlichen Geschäfts fehlt. Zudem können sich gerade größere Firmen Experten im eigenen Haus leisten, die sich z. B. auf umweltrechtliche Regelungen spezialisieren, während ein gerade neu gegründetes Unternehmen hierfür nicht gleich einen eigenen Mitarbeiter einstellen kann (empirische Ergebnisse zur bürokratischen Belastung von Unternehmensgründern finden sich im Anhang).

Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld liegt im Bereich der Gründungsfinanzierung. Im Gegensatz zu Ländern mit einer ausgeprägten Gründungs- und Risikokapitalkultur steht in Deutschland nur relativ wenig Kapital zur Finanzierung von jungen Unternehmen zur Verfügung. Wir müssen deshalb an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für

Risikokapitel arbeiten. Eine verstärkte Bereitstellung von staatlichen Mitteln ist dagegen aus Sicht der Familienunternehmer wenig zielführend. Einerseits gelten hier alle gerechtfertigten grundsätzlichen Bedenken gegenüber Subventionen – von problematischen Mitnahmeeffekten bis zu möglichen Marktverzerrungen. Andererseits können private Kapitalgeber im Gegensatz zum Staat nicht nur Kapital bereitstellen, sondern Gründer darüber hinaus mit unternehmerischer Expertise unterstützen. Diese Hilfe ist gerade in den ersten Jahren nicht zu unterschätzen.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt für die Politik ist die Verbesserung des Gründungsklimas. Hierzu zählt die Bereitschaft, dass wieder mehr Menschen Lust darauf haben, Unternehmen zu gründen und selbstverantwortlich zu handeln. Die Politik kann zu dem nötigen Wandel des Gründungsklimas zwar nur indirekt beitragen, hat aber mittelbar einen großen Einfluss. Zunächst müssen Politiker aufhören, das Unternehmertum schlecht zu reden. Warum sollte jemand gründen, wenn er mitbekommt, dass die Arbeit von Unternehmern in der Gesellschaft nicht geschätzt wird? Die Politik kann hier mit gutem Vorbild voran gehen.

Bei der Verbesserung des Gründerklimas geht es zudem auch darum, dass wir zu einem besseren Umgang mit Fehlschlägen gelangen. Während in den USA gescheiterte Gründer für ihren Mut und die gewonnene Erfahrung geschätzt werden, haftet ihnen in Deutschland oft noch ein sachlich ungerechtfertigter Makel an. Zudem könnte die Politik im Bereich der Bildung viele positive Verbesserungen erreichen. Hierzu zählt die Einführung eines Schulfachs „ökonomische Bildung“ an allen Schulformen. Die Geschichte von Unternehmensgründungen sollte ein Bestandteil des Curriculums dieses Faches sein.

Zu guter Letzt sollte ein Punkt nicht in Vergessenheit geraten: Neben allen speziellen Maßnahmen kommt auch im Bereich der Unternehmensgründungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik eine große Bedeutung zu. Nur wenn diese allgemeinen Rahmenbedingungen stimmen – angefangen von den Energiekosten, über die Verkehrsinfrastruktur bis zur Steuerlast – werden potentielle Gründer sich dafür entscheiden, ein Unternehmen an einem bestimmten Standort zu gründen.

# STELLUNGNAHME

DIE FAMILIEN  
UNTERNEHMER

ASU

DIE JUNGEN  
UNTERNEHMER

BJU

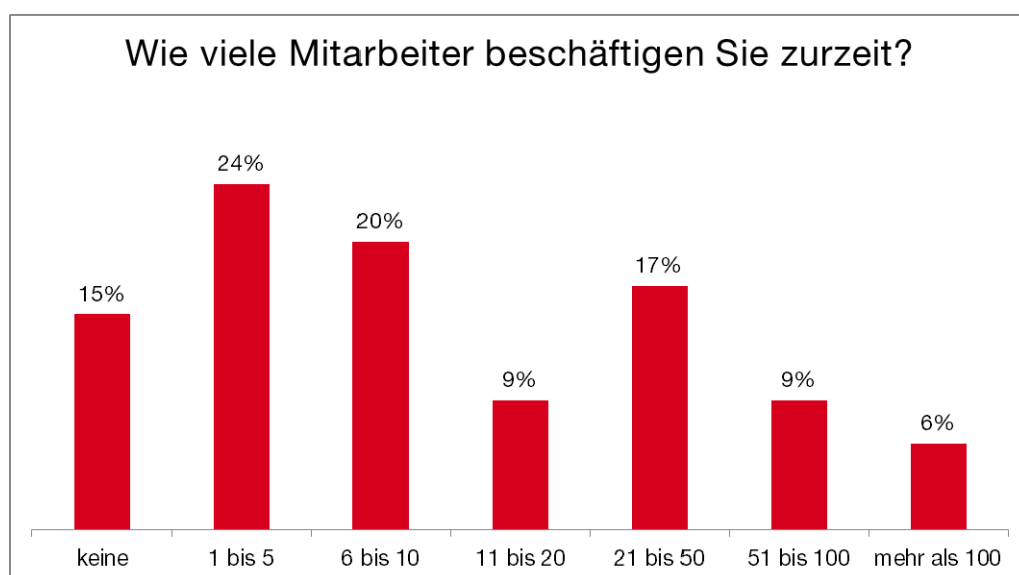
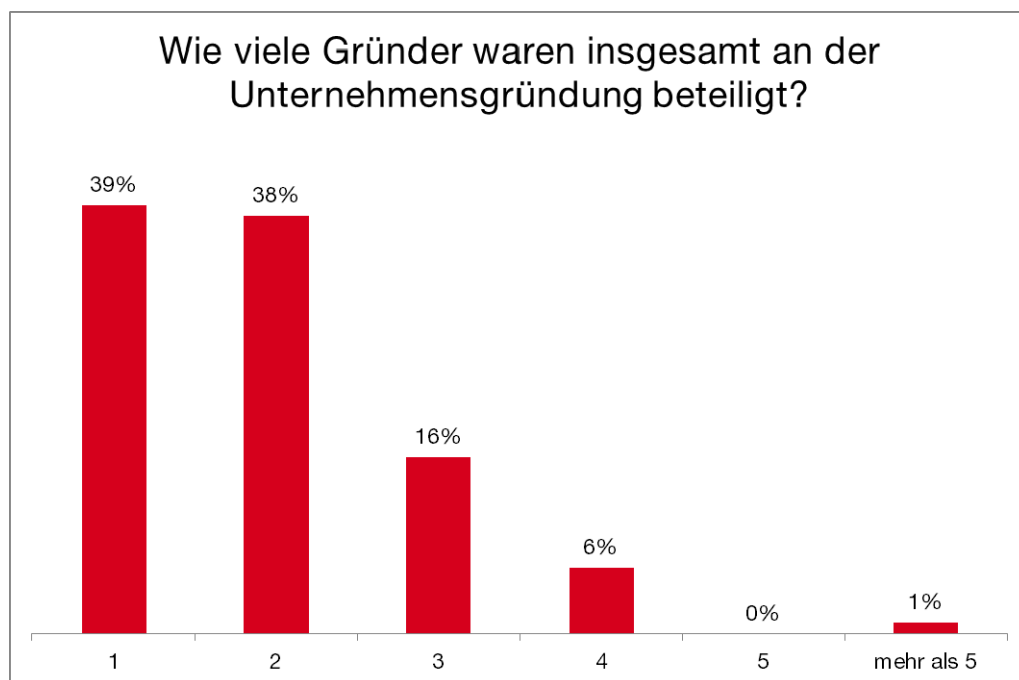
## Bewertung der vorliegenden Anträge

Aus Sicht der Familienunternehmer sind beide vorliegenden Anträge zu begrüßen, da sie wichtige Ansatzpunkte zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmensgründer enthalten. DIE FAMILIENUNTERNEHMER empfehlen dem Landtag die beiden Anträge zusammenzufassen und zu verabschieden.

## Anhang: Ergebnisse der Gründer-Umfrage von DIE JUNGEN UNTERNEHMER

Umfrage unter 134 Existenzgründern aus ganz Deutschland im Dezember 2014

### I. Angaben zur Unternehmensgründung



## III. Barrieren und Hindernisse

